



COVID-19 – Newsletter 47

07.09.2020

Noch immer stehen im Zentrum der derzeitigen Bemühungen der Städte und Gemeinden die drei Handlungsfelder:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Am 16. März 2020 wurden die gesetzlichen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19 Pandemie rechtskräftig.

Ausgangsbeschränkungen wurden damals festgelegt und Betriebsstätten sowie Freizeit- und Sportbetriebe geschlossen. Städten und Gemeinden kam eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung zu.

Die erste Phase der COVID-19-Virus-Erkrankung haben wir dank der Mithilfe und Unterstützung der Städte und Gemeinden, der kommunalen Unternehmen sowie der Disziplin der Bevölkerung gut überstanden. Nunmehr beginnt die zweite, ebenso bedeutsame und fordernde Phase des „Hochfahrens“ aller kommunalen Leistungen. Auch in den Mitgliedsstädten und -gemeinden des Österreichischen Städtebundes beginnt wieder der kommunale Alltag – wenn auch auf eine ganz neue Art und Weise.

Die wirtschaftlichen Folgen der notwendigen und erfolgreichen Maßnahmen der Bundesregierung zur Reduzierung der Fallzahlen wirken sich bereits jetzt auf die Gemeinden aus. Für die Ertragsanteile, insbesondere in den Sommermonaten 2020, ist mit weiteren Einbrüchen, aber auch mit den sonstigen Erträgen der Gemeinden, wie der Kommunalsteuer, zu rechnen. Unsere derzeitige Priorität gilt der Sicherung der Liquidität der Städte und Gemeinden. Aber auch die, mit der Pandemie untrennbar verbundenen, organisatorischen, rechtlichen und sozialen Fragen beschäftigen uns in den letzten Tagen vermehrt. Genauso wie in der ersten Phase, werden die Städte und Gemeinden auch weiter auf die Unterstützung des Österreichischen Städtebundes zählen können. Der folgende Newsletter soll – wie bereits bisher – ein Begleiter im kommunalen Alltag sein und über derzeitige Entwicklungen und Problemlagen informieren sowie Maßnahmen, die bereits von einzelnen Städten und Gemeinden sowie kommunalen Institutionen und Unternehmen gesetzt wurden, sammeln und aufzeigen.

Wie bereits kommuniziert, wird der COVID-19-Newsletter des Österreichischen Städtebundes nunmehr in größeren zeitlichen Abständen bzw. anlassbezogen erscheinen. Für tagesaktuelle Informationen möchten wir Sie auf die COVID-19-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen

(https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite)

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gehen wir es wieder an.

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Grafik: Stadt Wien

Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Die Bundesregierung sieht ein „Licht am Ende des Tunnels“	5
3. Corona-Virus – Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes zur Novelle des Epidemiegesetzes 1950 ua	6
4. Corona-Virus: Schischulverband arbeitete Handlungsempfehlungen in Österreich aus	6
5. Corona-Virus – Runder Tisch zur Alterseinsamkeit	7
6. Corona-Virus – Elternbrief wird kritisiert	7
Aus den Bundesländern	9
1. Bundesland Steiermark – Appell an die Steirerinnen und Steirer	9
2. Bundesland Steiermark : Corona – Ampel für Pflegeheime.....	9
3. Bundesländer: Länder ziehen Arbeitslosenzuschuss nicht von der Sozialhilfe ab	9
4. Bundesland Oberösterreich: Bisher bekamen 80 Kleinbetriebe Geld aus OÖ-Fonds	10
Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden	12
1. Corona-Ampel: Beim Start sind vier Regionen auf „gelb“ geschaltet	12
2. Corona-Ampel: Linz will keine Verschärfungen	12
3. Corona-Ampel: LH Schützenhöfer kalmiert, Stadt Graz will mehr Bundeshilfe	13
4. Corona-Virus: Stadt Salzburg zahlt im September 2020 den „COVID-Helden“ 500 Euro Bonus aus	13
5. Corona-Virus – Vier Lokalbesucher in Wiener Neustadt positiv getestet	14
3. Corona-Virus – Wiener Neustadt erhöht Vorsichtsmaßnahmen	14
4. Corona-Virus: Abhaltung von Weihnachtsmärkten in Städten und Gemeinden – Anfrage der Landeshauptstadt Bregenz ..	14
5. Corona-Virus: Strandbad Pressbaum in Niederösterreich gesperrt.....	15
6. Wegen Corona-Pandemie könnten Gemeinderatswahlen im Februar 2021 in Kärnten an mehreren Tagen stattfinden.....	15
7. Corona-Virus – COVID-19-Basis-Präventionskonzept der Stadt Wien	16
Europa und International	17
1. Aktuelle Informationen aus Brüssel.....	17
2. Corona-Virus: Ungarn schließt die Grenzen.....	18
3. Corona-Virus: Bericht zur Corona-Großdemonstration in Berlin	18
3. Corona-Virus: Corona-Update aus den Nachbarstaaten.....	18
5. Corona-Virus: Gratis-Öffis an Samstagen in Straßburg	19
6. Corona-Virus: 60.000 junge Menschen aus dem Ausland wollen trotz Corona in Deutschland studieren	19
7. Corona-Virus: Wie Corona den Büro-Immobilienmarkt in Deutschland verändert	20
8. Corona-Virus: Paris öffnet mehr Zentren für kostenlose Corona-Tests	20
9. Corona-Virus: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund mahnt mehr Gelassenheit im Umgang mit Corona ein	20
10. Corona-Virus: in jedem Staat anders – ein einziger Virus und 100 Arten, darauf zu reagieren	21



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **30. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 374/2020](#)

Vorläufige Trassensicherung für den viergleisigen Ausbau Schaftebau - Knoten Radfeld

[BGBl. II Nr. 375/2020](#)

Verlängerung des Zeitraums für Freistellungen nach § 735 Abs. 3 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz und § 258 Abs. 3 Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz

[BGBl. II Nr. 376/2020](#)

Änderung der Verordnung über besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

[BGBl. III Nr. 124/2020](#)

Beendigung von Übereinkommen zwischen Österreich und der Schweiz

[BGBl. III Nr. 125/2020](#)

Geltungsbereich der in Montreal beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

[BGBl. III Nr. 126/2020](#)

Geltungsbereich der in Peking beschlossenen Änderung des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

[BGBl. III Nr. 127/2020](#)

Geltungsbereich des Abkommens über die Internationale Finanz-Corporation

[BGBl. III Nr. 128/2020](#)

Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Berechnung von Fristen

[BGBl. III Nr. 129/2020](#)

Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Bekämpfung nuklearterroristischer Handlungen

[BGBl. III Nr. 130/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen

[BGBl. III Nr. 131/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder strahlungsbedingten Notfällen

[BGBl. III Nr. 132/2020](#)

Geltungsbereich des Protokolls zum Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR)



[BGBl. III Nr. 133/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtgiften und psychotropen Stoffen

[BGBl. III Nr. 134/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

[BGBl. III Nr. 135/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption

[BGBl. III Nr. 136/2020](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über Streumunition

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **31. August 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 377/2020](#)

Sonderregelungen für Arzneimittel für die Dauer der Pandemie mit COVID-19

[BGBl. II Nr. 378/2020](#)

Änderung der Integrationsgesetz-Durchführungsverordnung (IntG-DV)

[BGBl. II Nr. 379/2020](#)

Pädagogikpaket-Anpassungsverordnung 2020 II

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **2. September 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 380/2020](#)

Änderung der Bekanntmachung betreffend die Lehrpläne für den freikirchlichen Religionsunterricht an Pflichtschulen sowie mittleren und höheren Schulen

[BGBl. II Nr. 381/2020](#)

Landwirtschaftliche Grenzwerteverordnung - L-GKV

[BGBl. II Nr. 382/2020](#)

Änderung der Grenzwerteverordnung 2018 – GKV 2018, der Verordnung über die Gesundheitsüberwachung am Arbeitsplatz – VGÜ 2017 und der Verordnung biologische Arbeitsstoffe – VbA

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **3. September 2020** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 383/2020](#)

Änderung der Zivilluftfahrzeug- und Luftfahrtgerät-Verordnung 2010

[BGBl. II Nr. 384/2020](#)

COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21



2. Die Bundesregierung sieht ein „Licht am Ende des Tunnels“

Optimismus und Durchhalteparolen hat Bundeskanzler Sebastian Kurz in einer Bilanz- und Ausblick-Rede am Freitag, 28.08.2020 im Bundeskanzleramt versprüht. "Es gibt schön langsam Licht am Ende des Tunnels", sagte Kurz und kündigte sowohl ein wirtschaftliches als auch gesellschaftliches Comeback des Landes an. Er skizzierte in einer halbstündigen Ansprache, wie die Regierung das bewerkstelligen will.

So sollen Jobs im Bereich Pflege und Digitalisierung geschaffen werden und Offensiven für den Kauf heimischer Produkte und für Unternehmensgründungen gestartet werden. Für das Home-Office sollen arbeitsrechtliche Regelungen geschaffen werden und Schulen schneller digitalisiert werden. Die Probleme mit der Gesetzgebung rund um das Corona-Krisenmanagement sprach der Kanzler von sich aus nicht an, auf Fragen zu diesem Thema versprach er eine bessere Einbindung des Parlaments und nahm das hauptverantwortliche Gesundheitsministerium in Schutz.

Am Beginn der Pandemie hatte Kurz eine Reparatur der eilig beschlossenen Covid-Gesetze- und Verordnungen, die teilweise nicht verfassungskonform waren für nicht notwendig befunden, weil diese nur vorübergehend in Kraft seien. Inzwischen hat der Verfassungsgerichtshof etliche Verordnungen aufgehoben und auch bevorstehende Novellierungen dürften problematisch sein.

Kurz stellte sich am Freitag hinter das verantwortliche Gesundheitsministerium. Dieses sei bemüht, eine solide gesetzliche Basis zu schaffen. "Wir gehen auf die Kritik ein", sagte der Kanzler und kündigte eine stärkere Einbindung des Parlaments ein. Auch beim Grenz-Chaos in Kärnten, das infolge einer Verordnung des Gesundheitsministeriums vergangenes Wochenende entstanden war, sah Kurz die Schuld bei den örtlichen Behörden und weniger beim Ministerium.

"Das Jahr 2020 war bisher ein herausforderndes und in jeglicher Hinsicht noch nie da gewesenes Jahr, ein Jahr, das uns allen schon bisher viel abverlangt hat. Aber die gute Nachricht ist: Es gibt schön langsam Licht am Ende des Tunnels", versprühte Kurz Optimismus. Es sei aus heutiger Sicht sehr wahrscheinlich, "dass wir bereits nächsten Sommer zu unserer gewohnten Normalität zurückkehren werden können". Fortschritte in der Entwicklung von Schutzimpfungen und Behandlungen sowie immer schnellere Testmethoden sollten dies möglich machen, sagte Kurz. Er schloss auf Nachfragen einen neuerlichen Lockdown zwar nicht explizit aus, aber er sagte, dass "wir alles tun, um das zu verhindern".

In den nächsten Monaten liege "noch eine herausfordernde Zeit vor uns". "Es werden Wellenbewegungen sein, mit Erfolgen und Rückschlägen, mit Verschärfungen und Lockerungen." Er appellierte daher an die Bevölkerung, auch diesen Herbst und Winter "so diszipliniert wie möglich" zu bleiben

Auch wenn die vergangenen Monate sehr hart gewesen seien, sei Österreich bisher gut durch diese Krise gekommen, bilanzierte der Kanzler. Nun will er die Lehren aus der Krise ziehen und das wirtschaftliche Comeback einleiten. "Dieses Jahr werden wir knapp sieben Prozent unserer Wirtschaftskraft einbüßen. Aber wir können uns sicher sein: Nächstes Jahr kehrt das Wachstum zurück und unser Comeback wird beginnen", so Kurz. Damit dies gelingt, wolle die Regierung



die Attraktivität des Standortes stärken und so viele Menschen wie möglich, die aktuell arbeitslos sind, in Zukunftsbranchen vermitteln.

Die Schwerpunkte werden in den Bereichen Digitalisierung und Pflege sein, wo besonderes Potenzial bestehe. Darüber hinaus soll es ein Gründerpaket geben mit einer neuen Körperschaftsform, die rasche und unbürokratische Gründung sowie Beteiligung von Mitarbeitern ermöglichen soll. Weiters sollen die Sozialpartner Vorschläge für eine verbesserte gesetzliche Grundlage für das Home-Office erarbeiten und eine Offensive für den Kauf heimischer Produkte gestartet werden.

Als weiteren Schwerpunkt nannte Kurz die Bildung. Home-Schoolings habe gezeigt, dass Schulen schneller digitalisiert werden müssten und "Brennpunktschulen" mehr Unterstützung brauchen.

Zum „Nachsehen“ folgender YouTube-Link des Bundeskanzleramtes: <https://www.youtube.com/watch?v=DpnuOqqhcJI>

3. Corona-Virus – Stellungnahme des Österreichischen Städtebundes zur Novelle des Epidemiegesetzes 1950 ua.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe KollegInnen

in beiliegendem Link ist die umfangreiche Stellungnahme des Österreichische Städtebundes zur Novelle des Epidemiegesetzes 1950, des Tuberkulosegesetzes und des COVID-19 Maßnahmengesetzes ersichtlich und darf um Kenntnisnahme ersucht werden.

Link Stellungnahme: https://digitaler.staedtebund.gv.at/net_home/UserItems/Details/357207

4. Corona-Virus: Schischulverband arbeitete Handlungsempfehlungen in Österreich aus

Der Österreichische Skischulverband hat in Hinblick auf die kommende Wintersaison gemeinsam mit Cornelia Lass-Flörl, Direktorin der Sektion für Hygiene und Mikrobiologie an der Medizinischen Universität Innsbruck, Handlungsempfehlungen zur Verhinderung der Verbreitung des Coronavirus ausgearbeitet. Grundlage dafür seien die Vorgaben der Bundesregierung, teilte der Skischulverband mit.

Die Handlungsempfehlungen sehen neben der regelmäßigen Desinfektion von Büros und des Materials unter anderem auch Covid-19-Tests für alle Schneesportlehrer, die aus dem Ausland anreisen vor. Diese sollen dem Skischulinhaber vorgelegt werden. Grundsätzlich sollen jedoch alle Schneesportlehrer regelmäßig auf Corona getestet werden.

Alle Skischulgäste sollen unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen registriert werden. Wenn Mitarbeiter oder Gäste Symptome aufweisen, müssen sie sofort von anderen getrennt werden. Sollte der Mindestabstand



zu anderen Teilnehmern nicht eingehalten werden können, muss ein Mund-Nasen-Schutz getragen werden. Deshalb werde eine Gruppengröße von maximal zehn Personen inklusive dem Schneesportlehrer empfohlen.

"Mehr als 18.000 Schneesportler in 679 Skischulen müssen an einem Strang ziehen, um diesen Winter für alle Beteiligten so sicher wie möglich zu gestalten", meinte Richard Walter, Präsident des Österreichischen Skischulverbandes. Die ausgearbeiteten Handlungsempfehlungen gelten für Skischulbüros, Sammelplätze, Kinder(erlebnis)welten, Aufwärmstuben, Kindergärten, Kinderrestaurants und den praktischen Schneesportunterricht. Die Empfehlungen würden derzeit mit dem Gesundheitsministerium abgestimmt und entsprechend der Vorgaben für den Winter noch verfeinert, hieß es. "Mit den Handlungsempfehlungen wird Mitarbeitern aller Einrichtungen des Skischulbetriebs ein Leitfaden für den Winter zur Verfügung gestellt - von der Prävention von Covid-19 über die Registrierung jedes einzelnen Skischulgastes bis hin zu Handlungsanweisungen bei einem Verdachtsfall", so Lass-Flörl.

5. Corona-Virus – Runder Tisch zur Alterseinsamkeit

Bundeskanzler Sebastian Kurz lädt im Zuge des angekündigten "*Pakts gegen Alterseinsamkeit*" zu einem Runden Tisch am kommenden Montag (7. September). Mit der Initiative will die Regierung Maßnahmen setzen, um während der Coronakrise ein sicheres Umfeld für Pflegeheime und Krankenhäuser zu schaffen. Zu dem Treffen geladen sind die betroffenen Ministerien sowie Organisationen und Vereine.

Der "*Pakt gegen die Alterseinsamkeit*" war vom Regierungschef bereits in dessen Erklärung angekündigt worden. Vonseiten der Regierung werden noch Vizekanzler Werner Kogler, Sozialminister Rudolf Anschober und Zivildienstministerin Elisabeth Köstinger daran teilnehmen. Zu den dabei vertretenen Organisationen zählen unter anderem die Caritas, das Hilfswerk, das Rote Kreuz, die Diakonie, die Lebenshilfe sowie Seniorenbund und Pensionistenverband.

"Es ist notwendig, ältere Menschen, vor allem in Pflegeeinrichtungen zu schützen, aber es ist gleichzeitig notwendig, dass wir alles Erdenkliche tun, um ein Maximum an sozialen Kontakten zu gewährleisten", sagte Kanzler Kurz im Vorfeld zur APA. Das Phänomen Alterseinsamkeit sei nicht neu, die Pandemie habe es aber leider noch verstärkt. "Wir wollen keine Zeit verlieren und alle betroffenen so schnell wie möglich an einen Tisch holen", so Kurz.

"Die Corona-Krise hat für uns alle soziale Einschnitte bedeutet, doch besonders ältere Menschen hatten teils wochenlang keinen persönlichen Kontakt etwa zu ihren Kindern und Enkelkindern", kommentierte auch Vizekanzler Kogler das Treffen im Vorfeld. "Wir wollen Maßnahmen gegen die Einsamkeit im Alter setzen und gemeinsam mit den Sozialorganisationen und -vereinen aktuelle Lösungen für die jetzige besonders schwierige Situation und auch für die Zeit danach erarbeiten."

6. Corona-Virus – Elternbrief wird kritisiert

Der Arbeitsrechtler Martin Gruber-Risak kritisiert den Elternbrief von Bildungsminister Heinz Faßmann als irreführend. Es werde suggeriert, dass es für die Corona-bedingte Betreuung eines Kindes nur die dreiwöchige Sonderbetreuungszeit gebe, die mit dem Arbeitgeber vereinbart werden muss. Tatsächlich existiere aber auch eine bezahlte Freistellung mit Rechtsanspruch, sagte er zur APA.



Wer aus "sonstigen persönlichen Gründen" verhindert sei, und dazu gehöre auch die Kinderbetreuung aufgrund einer gesetzlichen Betreuungspflicht, habe einen Anspruch auf Entgeltfortzahlung - und das auch mehrmals pro Jahr. Zusätzlich gebe es auch noch die Pflegefreistellung. "Das passt alles nicht zusammen. Es gibt eine Leistung mit Rechtsanspruch, aber es wird etwas gepusht, wo man Bitte sagen muss", so Gruber-Risak.

Von der durch Faßmann und Familienministerin Christine Aschbacher forcierten Lösung im Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz (AVRAG) profitieren die Arbeitgeber, meinte er, denn sie bekommen ein Drittel der Lohnkosten vom Bund refundiert. Die Arbeitnehmer aber müssen darum bitten, so der Arbeitsrechtler, und bekommen etwas gewährt, obwohl sie ohnehin (gemäß Angestelltengesetz und AGBG) Anspruch auf bezahlte Freistellung haben.

"Besser wäre es, wenn man den Eltern sagt, was echt die Rechtslage ist", meinte Gruber-Risak zu dem Elternbrief. Als Arbeitsrechtler störe es ihn, dass man Existierendes aufgedoppelt habe, ohne den Menschen zu erklären, warum dies nun besser sei als vorher. Gegen die Teilrefundierung der Lohnkosten spreche gar nichts; dies hätte man aber auch ohne neue Sonderregelung umsetzen können, sagte Gruber-Risak.

Ähnliche Kritik hatte bereits am Mittwoch auch SPÖ-Bildungssprecherin Sonja Hammerschmid geübt. "Hier werden die Eltern nur verwirrt; denn eigentlich hat ein Elternteil einen Rechtsanspruch darauf, dass es, wenn keine andere Betreuung der Kinder möglich ist, bezahlt zu Hause bleiben können. Jetzt erzählt Arbeitsministerin Aschbacher den Eltern, sie müssen zu den Arbeitgebern gehen und darum betteln, was ihnen zusteht", meinte sie in einer Aussendung: "Eltern brauchen endlich Rechtsanspruch auf Sonderbetreuung, wenn die Schulen zu sind. Und wenn ihr Kind krank ist, dann müssen sie die richtige Information bekommen, was ihre Ansprüche sind."



Aus den Bundesländern

1. Bundesland Steiermark – Appell an die Steirerinnen und Steirer

In Anlehnung an die mahnenden Worte der Bundesregierung und unter Bezugnahme auf den gestern (1.9.2020) stattgefundenen Sozialpartnertag richteten sich auch Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann-Stellvertreter Anton Lang sowie Vertreter der Sozialpartner, der Banken sowie des Städtebundes und des Gemeindebundes mit einem Appell an die Steirerinnen und Steirer. Denn nur mit vereinten Kräften könne die Verbreitung des Corona-Virus eingedämmt werden.

„Die kommenden Wochen werden uns alle coronabedingt neuerlich vor große Herausforderungen stellen. Inwiefern sich das Corona-Virus weiterverbreitet und unsere Gesundheit wie Wirtschaft gefährdet, hängt von der Disziplin jeder einzelnen Person ab. Wir appellieren daher an die Eigenverantwortung aller, die einfachen Hygiene-Maßnahmen zu berücksichtigen und andere dabei zu unterstützen. Konkret geht es darum den Ein-Meter-Mindestabstand einzuhalten, hohen Wert auf das Händewaschen und desinfizieren zu legen und gemäß Vorgabe einen Mund-Nasenschutz zu tragen. Ob es also zu einer zweiten Welle kommt, liegt nicht primär am Virus, es liegt an uns allen“, so der Appell. „Im Übrigen tun wir gemeinsam alles, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Die öffentliche Hand muss Vorreiter sein. Wir brauchen jetzt Zuversicht und Entschlossenheit, damit wir die Arbeitsplätze dauerhaft sichern.“

(Quelle: Land Steiermark).

2. Bundesland Steiermark : Corona – Ampel für Pflegeheime

Heute wird erstmals die Virus-Gefahrenlage in den Bezirken mit Farben und Maßnahmen hinterlegt. Das Land Steiermark stellt Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren überdies unter besonderen Schutz. "Wir arbeiten gerade an den Details der Pflegewohnheim-Ampel. Denn sicher ist: Die Häuser benötigen einen besonderen Schutz. Würden Besucher das Virus einschleppen, wäre das wirklich verheerend", so die steirische Gesundheitslandesrätin Juliane Bogner-Strauß. Besuchsverbote könnte es etwa geben, wenn die Ampel auf Orange umschaltet.

3. Bundesländer: Länder ziehen Arbeitslosenzuschuss nicht von der Sozialhilfe ab

Die Bundesländer werden die für die Corona-Krise beschlossene Einmalzahlung für Arbeitslose nicht auf die Sozialhilfe anrechnen. Wer so wenig Arbeitslosengeld oder der Notstandshilfe bezieht, dass er zusätzlich noch Mindestsicherung beantragen musste, erhält die für "normale" Arbeitslose vorgesehenen 450 Euro also ebenfalls. Potenziell betroffen ist etwa ein Drittel der Mindestsicherungsbezieher.

Anspruch auf die Einmalzahlung hat grundsätzlich, wer zwischen Mai und August zumindest 60 Tage lang arbeitslos war. Die Grünen wollten ursprünglich - wie auch SPÖ und Gewerkschaft - eine generelle Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Mit der ÖVP geeinigt hat man sich dann aber auf die Einmalzahlung.



Der Empfehlung der Bundesregierung, die Einmalzahlung auch den "Aufstockern" in der Mindestsicherung zu gewähren, wollen die Bundesländer geschlossen nachkommen, wie ein Rundruf der APA ergeben hat. Theoretisch können die Länder Arbeitslosenunterstützung - und als solche gilt auch die Einmalzahlung - nämlich von der Mindestsicherung abziehen. Wien und Oberösterreich haben aber bereits gesetzliche Klarstellungen getroffen, dies nicht zu tun. Auch die anderen Bundesländer wollen die 450 Euro nicht auf die Mindestsicherung anrechnen.

Geregelt wird das teils gesetzlich, etwa in Salzburg, teils per Verordnung, wie in Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg. Kärnten hat ein diesbezügliches Schreiben an die Sozialämter im August verschickt. Die Steiermark kündigt ebenfalls eine entsprechende Regelung an und im Burgenland hieß es, die Einmalzahlung falle unter einen schon jetzt bestehenden Ausnahmetatbestand.

Erhalten werden die 450 Euro allerdings nicht alle Sozialhilfebezieher. Dafür infrage kommen nur jene Bezieher, die mit der Mindestsicherung eine niedrige Arbeitslosen- oder Notstandshilfe "aufstocken". Im Vorjahr war das ein gutes Drittel der Bezieher (36 Prozent), wie aus der Mindestsicherungsstatistik 2019 hervorgeht. Demnach hatten 2019 nur etwas weniger als die Hälfte der Mindestsicherungsbezieher gar keine eigenen Einkünfte (48 Prozent). Alle anderen hatten entweder geringe Unterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung oder sonstige Unterstützungen wie Kindergeld, Unterhalt, Pension oder Grundversorgung. Außerdem hatten 16 Prozent der Mindestsicherungsbezieher ein - allerdings sehr geringes - Erwerbseinkommen, das mit der Mindestsicherung "aufgestockt" wurde.

4. Bundesland Oberösterreich: Bisher bekamen 80 Kleinbetriebe Geld aus OÖ-Fonds

In Oberösterreich haben bisher 80 Firmen Geld aus dem Härtefonds des Landes für Kleinbetriebe bekommen. Im Durchschnitt waren es 3.500 Euro, insgesamt etwa 280.000 Euro. 20 Kleinbetriebe, die beim Bund nicht zum Zug gekommen sind, haben eine Corona-Bürgschaft des Landes in Anspruch genommen, bilanzierte Wirtschaftslandesrat Markus Achleitner.

Der durchschnittlich verbürgte Kreditbetrag betrug dabei 70.500 Euro, die durchschnittliche Haftungshöhe 56.400 Euro. Beim Bund haben oberösterreichische Betriebe bisher mehr als 3.000 Anträge auf Überbrückungsgarantien gestellt, die Kreditsumme hier beträgt insgesamt gut 655 Mio. Euro.

Für 423 oberösterreichische Tourismusbetriebe wurden bisher Zinsübernahmen für Überbrückungskredite bei der Österreichische Hotel- und Tourismusbank genehmigt, was sich für das Land mit knapp 1,5 Mio. Euro zu Buche schlägt. Gut angenommen wurden die Soforthilfen nach dem Corona-Ausbruch in St. Wolfgang. Von den rund 200 Tourismusbetrieben, die diese Soforthilfe in Anspruch nehmen können, haben bereits rund 60 einen Antrag gestellt. 53 Anträge - und damit Zuschüsse in der Höhe von rund 570.000 Euro - wurden mittlerweile bewilligt.

Anträge auf eine oberösterreichische Landshaftung für Mittel- oder Großbetriebe wurden bisher noch nicht gestellt. Allerdings hat die Österreichische Kontrollbank schon Haftungen für 75 oberösterreichische Großbetriebe in der Höhe



von insgesamt 550 Mio. Euro genehmigt. Dabei ging es vor allem um Unternehmen aus den Bereichen Dienstleistungen, Metall- und Transportmittelindustrie.

Insgesamt hat das Land Oberösterreich ein 580-Mio.-Euro-Corona-Hilfspaket geschnürt, das die finanziellen Unterstützungen des Bundes ergänzen soll. Rund 400 Mio. Euro davon sind an Bürgschaften und Landeshaftungen für Unternehmen reserviert, ein Härtefonds für Kleinbetriebe ist mit 15 Mio. Euro dotiert.



Maßnahmen und Problemlagen in den Städten und Gemeinden

1. Corona-Ampel: Beim Start sind vier Regionen auf „gelb“ geschaltet

Mit dem Start der Corona-Ampel am Freitag sind bereits vier Regionen in Österreich auf gelb geschaltet. Betroffen von "gelb" - das bedeutet mittleres Risiko - sind der Bezirk Kufstein sowie die Städte Wien, Linz und Graz. Alle anderen Bezirke blieben auf grün, wie bei einer Pressekonferenz der Regierung in Wien bekannt gegeben wurde.

Das System operiert mit den Farben Grün (niedriges Risiko), Gelb (mittleres), Orange (hohes) und Rot (sehr hohes Risiko). Das sei ein guter Überblick für die Bevölkerung über die regionale Entwicklung, sagte Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP). Bei "gelb" - so wie es jetzt in vier Regionen der Fall ist - gebe es eine Verschärfung der Maskenpflicht im Handel, in der Gastronomie sowie bei Veranstaltungen, sagte Kurz. Bei "orange" und "rot" seien die Maßnahmen von ausgeprägterer Form. Alle Informationen werden über <https://corona-ampel.gv.at/> veröffentlicht (zugänglich ab 10.30 Uhr).

In Zukunft werde es wöchentlich einen Überblick über die regionale Entwicklung gebe, sagte Kurz, "auch häufiger, wenn Gefahr im Verzug" ist. Die umfassende rechtliche Verankerung der Ampel wird erst Ende September erfolgen, dazu ist die Novellierung des Epidemiegesetzes und des Covid-19-Maßnahmengesetzes notwendig.

2. Corona-Ampel: Linz will keine Verschärfungen

Höchst verärgert hat sich der Linzer Bürgermeister Klaus Luger am Freitag gezeigt, nachdem Linz auf der neuen Corona-Ampel auf "Gelb" geschaltet wurde. "Wir werden aufgrund dieses obskuren Ampelkonstrukts keine wie immer gearteten Verschärfungen durchführen", kündigte er in einer Pressekonferenz an.

Für ihn ist die "Farbgebung absolut nicht nachvollziehbar und steht in keiner Relation zur Realität in der Stadt". "Wir waren einigermaßen überrascht, um nicht zu sagen entsetzt", sagte Luger. Er sieht ein "sehr willkürliches Instrument" und einen "veritablen Fehlstart" der Ampel, salopp gesagt einen "Murks".

Bürgermeister Luger weist darauf hin, dass die Lage in Linz stabil ist, die Zahl der Erkrankten kontinuierlich zurück gehe. Linz sei aktuell kein Corona-Hotspot. Die gelbe Einstufung von Linz verursacht lediglich eine unnötige Verunsicherung der Linzer Bevölkerung. Noch vor elf Tagen lag die Anzahl der Infizierten bei mehr als 80 Personen, derzeit seien es lediglich 52 Fälle.

„Aktuell liegen weder eine gesetzliche Grundlage, eine Verordnung oder ein Erlass der Bundesregierung vor. Da es dem Linzer Magistrat als zuständige Bezirksverwaltungsbehörde an einer verbindlichen rechtlichen Grundlage fehlt, sind die im Zusammenhang mit der Corona-Ampel formulierten Regelungen behördlich nicht umsetzbar und haben derzeit reinen Empfehlungs-Status“, sagt Mag.a Ulrike Huemer, Magistratsdirektorin der Stadt Linz.



3. Corona-Ampel: LH Schützenhöfer kalmiert, Stadt Graz will mehr Bundeshilfe

Der steirische Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer (ÖVP) sagte am Freitag zur für Graz auf Gelb geschalteten Corona-Ampel, das sei für Ballungszentren "nicht überraschend und auch kein Grund für übertriebene Aufregung". Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer wünschte sich mehr Unterstützung des Bundes für die überlasteten Gesundheitsbehörden - in Graz soll nun auch die Berufsfeuerwehr helfen.

"Die drei größten Städte in Österreich sind gelb. Das ist in Ballungszentren und aufgrund der steigenden Infektionszahlen nicht überraschend", sagte LH Schützenhöfer auf APA-Anfrage. Man höre wie bisher auf die Meinung der Experten und man werde alle Maßnahmen umsetzen - "bei aller notwendigen Vorsicht dürfen wir auch die Zuversicht nicht verlieren, damit sich die Wirtschaft erholt und Arbeitsplätze gesichert sind", sagte der Landeshauptmann. Der Grazer Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer erklärte auf APA-Anfrage, eine große Herausforderung sei ungeachtet der auf Gelb befindlichen Corona-Ampel der hohe Personalbedarf bei den Gesundheitsbehörden sowie die Überlastung, auch bei den Testkapazitäten. "Das Contact Tracing bindet im Gesundheitsamt seit Monaten enorme Ressourcen. Alle arbeiten am Limit." Dankbar sei man jedenfalls für die am Freitag fixierte Unterstützung der Berufsfeuerwehr, die Personal abstellt. Nicht aus der Verantwortung entlassen will Krotzer die Bundesregierung: "Bereits Anfang Juli haben wir in einem offenen Brief an u.a. den Bundeskanzler auf die chronische Überlastung der Bezirksbehörden hingewiesen", sagte der Stadtrat. Diese dürfe man nicht im Stich lassen.

Genauere Zahlen, wie viele Menschen direkt von einer Verschärfung der Maßnahmen gegen das Coronavirus betroffen sein könnten, ließen sich nicht erheben. In Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs, waren mit 1. Jänner 2020 rund 292.000 Menschen gemeldet. Im sogenannten Zentralraum leben rund 640.000 Menschen. Täglich pendeln rund 100.000 Menschen zur Arbeit bzw. Studium und Schulbesuch nach Graz. Der Anteil an jenen Pendlern, die öffentliche Verkehrsmittel, vor allem die stark ausgebaute S-Bahn benützen, steigt stetig. In Graz ist die Anzahl der Studenten relativ hoch im Vergleich zur Bevölkerungszahl: An den vier Universitäten, zwei pädagogischen Hochschulen sowie den zwei Fachhochschulen sind rund 60.000 Studierende, etliche davon Pendler.

4. Corona-Virus: Stadt Salzburg zahlt im September 2020 den „COVID-Helden“ 500 Euro Bonus aus

Nun ist fix, dass auch die Stadt Salzburg 700 Mitarbeitern eine Covid-19-Prämie zahlen wird. Etliche Landgemeinden schließen sich hier an. Auch das Land will zahlen - fehlt aber noch am Konzept.

Die Landeskliniken waren Vorreiter. Anfang Mai 2020 hat aber auch Bgm. Harald Preuner angekündigt, einen Covid-19-Bonus für besonders belastete Mitarbeiter zu zahlen. Fast auf den Tag genau drei Monate später war aber von diesem Bonus der Stadt noch nichts zu sehen. Daher hat die Vorsitzende des Sozialausschusses, Anna Schiester, den Bürgermeister mittels Anfrage an seine Zusage erinnert - und sich wegen der Details erkundigt.

Weitere Informationen unter Link: <https://www.pressreader.com/austria/salzburger-nachrichten/20200807/282011854705495>



5. Corona-Virus – Vier Lokalbesucher in Wiener Neustadt positiv getestet

Vier Besucher von Lokalen in der Wiener Neustädter Herrengasse sind positiv auf Corona getestet worden. Weitere Gäste, die sich in der Nacht auf vergangenen Sonntag an Ort und Stelle aufgehalten hatten, wurden am Samstag seitens der Stadt Wiener Neustadt dringend zur Selbstüberwachung aufgerufen.

Empfohlen wurde Personen, die im Zeitraum von 22.00 Uhr am vergangenen Samstag bis 2.00 Uhr am Sonntag in dem Innenstadtbereich gewesen waren, im Fall von Symptomen die Gesundheitsberatung 1450 zu kontaktieren. Nach Angaben eines Sprechers der Statutarstadt handelt es sich bei dem Aufruf um eine Vorsichtsmaßnahme, weil die Herrengasse ein großes Einzugsgebiet aufweise. Ein Indiz dafür sei, dass keiner der in diesem Zusammenhang bisher positiv Getesteten aus Wiener Neustadt komme.

Weitere Maßnahmen seien in der Herrengasse aktuell nicht geplant, wurde auf APA-Anfrage betont. Bereits jetzt gebe es im betroffenen Bereich Zugangsbeschränkungen.

3. Corona-Virus – Wiener Neustadt erhöht Vorsichtsmaßnahmen

Nach dem jüngsten Fall eines in einer Bar in der Wiener Neustädter Herrengasse beschäftigten Kellners, der positiv auf Covid-19 getestet worden ist, werden die Vorsichtsmaßnahmen erhöht. So müssen sich nach Angaben des Rathauses vom Mittwochnachmittag die Gäste der jeweiligen Lokale in der Partymeile namentlich registrieren lassen. Contact Tracing soll dadurch möglich sein.

Die Stadt hatte einer Aussendung zufolge Gastronomen zum Gespräch geladen. Gemeinsam seien neue Maßnahmen erarbeitet worden, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. Dazu zählt, dass die Mitarbeiter sämtlicher Herrengassen-Lokale ab sofort einer wöchentlichen Testung unterzogen werden. Zudem wird die Zahl der Gäste, die sich gleichzeitig auf der Partymeile aufhalten dürfen, "strikt auf 500 beschränkt", so das Rathaus.

Besonderes Augenmerk soll zudem auf den Mindestabstand von einem Meter zu anderen Gästegruppen gelegt werden. Aufrecht bleibt die bereits im Juli eingeführte Maßnahme, wonach bei jedem Gast beim Eingang eine Fiebermessung durchgeführt wird.

4. Corona-Virus: Abhaltung von Weihnachtsmärkten in Städten und Gemeinden – Anfrage der Landeshauptstadt Bregenz

Seitens der Landeshauptstadt Bregenz wurde am 31. August 2020 die Anfrage gestellt, wie es bezüglich der Abhaltung von Weihnachtsmärkten, die in der Regel mit Mitte November eröffnet werden, in diesem Jahr aufgrund der Corona-Situation beschaffen sein wird:

Hallo Herr Schmid

Ende November starten wieder die Weihnachtsmärkte – dies wohl österreichweit.



Ich bitte Sie um Abklärung mit dem zuständigen Bundesministerium, wie Weihnachtsmärkte zu sehen sind: Als Veranstaltung? Dann wären sie aufgrund von Corona mE unmöglich abzuhalten (Personengrenze: 200, es gibt ja keine zugewiesenen Sitzplätze).

Oder als Markt? Falls sie als Markt zu sehen sind: Ist Gastronomie möglich? Wäre Karussellfahren etc. möglich? Worauf sollte geachtet werden?

*Diese Weihnachtsmärkte dauern ja bis zu 40 Tagen an, sind also sehr lange Zeit aktiv.
Vielen Dank und schöne Grüße aus Bregenz*

Nach Rücksprache mit dem zuständigen Bundesminister Anschöber teilte dieser mit, dass seitens des Bundes hierfür ehestmöglich Vorgaben erstellt werden.

5. Corona-Virus: Strandbad Pressbaum in Niederösterreich gesperrt

Die Stadtgemeinde Pressbaum im Bezirk St. Pölten hat am Donnerstag auf ihrer Website mitgeteilt, dass das Strandbad gesperrt ist. Aufgrund einer positiven Testung einer Mitarbeiterin auf Covid-19 stehe derzeit kein Personal zur Verfügung. Der Badebetrieb sei daher ab sofort eingestellt.

Das Lokal Livingroom bleibt laut Stadtgemeinde ebenfalls für die kommenden zwei Wochen geschlossen.

"Vorsichtshalber", hieß es seitens des Betriebs auf der Website.

Link: https://www.pressbaum.at/Sperre_des_Bades_Pressbaum

6. Wegen Corona-Pandemie könnten Gemeinderatswahlen im Februar 2021 in Kärnten an mehreren Tagen stattfinden

Es war ein überraschender Vorstoß, der bei den Sommergesprächen des ORF-Kärnten von Landeshauptmann Peter Kaiser kam. Mit Blick auf die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen am 28. Feber 2021 und wegen Corona könne er sich vorstellen, dass der Urnengang „an mehreren Tagen stattfindet“, also nicht nur am Wahlsonntag bzw. am Vorwahlfreitag. Dazu müsste die Wahlordnung geändert werden. „Demokratie für alle gefahrenfrei zugänglich zu machen wäre es wert, das zu tun“, sagte Kaiser. Die Wahltag-Entscheidung solle den Gemeinden überlassen werden. Demnächst soll es ein Gipfelgespräch mit den Wahlbehörden geben. Von einer generellen Verschiebung des Wahltermines, wie heuer in der Steiermark und in Vorarlberg vollzogen, geht Kaiser derzeit nicht aus.

Überlegt werden sollte die Möglichkeit, dass Bürger beim Abholen der Briefwahl-Karte gleich im Gemeindeamt wählen können. Die Diskussion über die Wahltag solle ergebnisoffen geführt werden. Wichtig sei größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung zu Corona-Zeiten. Wichtig sei es aber auch, dass die Wahlbeteiligung hoch ist.

Im Gemeindebund gibt man sich offen für die Diskussion. Hinterfragt wird allerdings auch, ob der Sicherheitseffekt von mehreren Wahltagen nicht auch damit erreicht werden könnte, dass verstärkt zur Briefwahl aufgerufen wird.



Die Wahltag-Debatte kann jetzt einfließen in die laufenden Verhandlungen zur Reform des Wahlrechts für die Landtags- wie Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen. Dabei geht es etwa um Entschädigungszahlungen (150 Euro sind geplant) für Wahlbeisitzer oder um ein elektronisches Abstimmungsverzeichnis.

7. Corona-Virus – COVID-19-Basis-Präventionskonzept der Stadt Wien

Ain der Beilage findet sich als Muster das COVID-19-Basis-Präventionskonzept der Stadt Wien. Das Konzept stellt eine Sammlung aller COVID-19-Präventionsmaßnahmen dar, die seit Februar 2020 zum Einsatz kamen/kommen.

Das Präventionskonzept beschreibt den Mindeststandard an Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus und sollte bei erforderlichen dienststellenspezifischen Maßnahmen durch die jeweils zuständige Dienststelle ergänzt und laufend aktualisiert werden.

Vergleichen Sie bitte auch die **Beilage 1**.



Europa und International

1. Aktuelle Informationen aus Brüssel

Europäische Kommission: cov19 - Kritische Rohstoffe: Plan für weniger Abhängigkeit von Drittländern

3 Sept: Veröffentlichung von Aktionsplan (AP) bzw Zukunftsstudie zu kritischen Rohstoffen und Liste kritischer Rohstoffe 2020. Der AP schlägt Maßnahmen vor, um die Abhängigkeit Europas von Drittländern zu verringern und Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft zu stärken. Zudem soll eine verantwortungsvolle Rohstoffbeschaffung weltweit gefördert werden. Der Fokus liegt auf dem Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft. Gerade auf dem Weg aus der Krise sind Maßnahmen gefordert, die Europas Widerstands- und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Zusätzlich wird die Kommission in den kommenden Wochen eine **Europäische Rohstoffallianz** ins Leben rufen. Die Allianz soll alle maßgeblichen Interessenträger zusammenführen und sich auf die dringendsten Bedürfnisse konzentrieren.

Presse: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1542

Aktionsplan: <https://ec.europa.eu/docsroom/documents/42849>

Europäische Kommission: cov19 - Forderung nach besserer Koordinierung von nationalen Maßnahmen

Weiterhin ungleiche und unkoordinierte cov-19-Maßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten. Die Krisensituation erfordert rasches Handeln. Ziel müsse der Erhalt des Schengenraums sowie va der Personenfreizügigkeit sein. Die Maßnahmen müssen koordiniert, verhältnismäßig, nichtdiskriminierend und unbedingt notwendig sein. Mehr und unmittelbare Abstimmung der Mitgliedstaaten wird eingefordert. Eine wichtige Grundvoraussetzung ist die Kommunikation unter den Mitgliedstaaten. An der Festlegung/Gewichtung von Kriterien (Hospitalisierung, Inzidenz, Testungen, etc.) wird noch gearbeitet. Dem ECDC (*Europäisches Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten*) liegen zwar ausreichend Daten vor, diese müssen jedoch interpretationsfähig und vergleichbar sein. Ohne abgestimmte Daten könne nicht an einem einheitlichen **Farb-/Ampelsystem** gearbeitet werden. Die Kommission arbeitet an diesbezüglichen Empfehlungsentwürfen.

Europäisches Parlament: TOP betreffend cov19

2Sept: Budgetausschuß (BUDG): a. Stand der Verhandlungen über MFR, Eigenmittel und cov19- Aufbauplan: Rückmeldung des Verhandlungsteams b. Vorschlag für einen Beschluss des Rates über EU-Eigenmittelsystem
AT Abgeordnete im BUDG: Vana, Winzig

2Sept: Umweltausschuß (ENVI):

Aussprache über cov-19 Situation mit Dir. Andrea Ammon, Europäisches Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC)

AT Abgeordnete im ENVI: Bernhuber, Sidl, Wiener

EP-Ausschüsse: <https://www.europarl.europa.eu/committees/de/home>



Rat der Europäischen Union: cov19 - Sondermaßnahmen zur Beschlussfassung im Rat

Die Verlängerung der cov-19-Sondermaßnahmen für die Fortsetzung der Beschlussfassung im Rat wurde bis 10 Nov gebilligt (*dh erleichterte Abstimmungsregel für Beschlüsse zur Anwendung des gewöhnlichen schriftlichen Verfahrens*). Der Beschluss erfolgte im schriftlichen Verfahren. Bezüglich der weiteren Ratsarbeitsmethoden, insbesondere zur Frage der physischen Abhaltung von Ratstagungen in den kommenden Monaten, wird noch zu entscheiden sein.

MinisterInnen-Termine im Rat:

WettbewerbsRat (18Sept), AußenMin (21 Sept), EU-Sondergipfel (23/24 Sept), VerkehrsMin (28Sept), ForschungsMin (29Sept)

2. Corona-Virus: Ungarn schließt die Grenzen

Die ungarische Regierung hat beschlossen, Grenzschutzmaßnahmen ab 1. September 2020 wieder einzuführen, die bereits während der ersten Welle der Corona-Pandemie gegolten haben. Damit soll, wegen steigender Infektionszahlen, das Risiko der Einschleppung des Virus aus dem Ausland vermindert werden. Transitkorridore für Durchreisende bleiben weiterhin geöffnet. Die neuen Bestimmungen sollen vorerst bis 30. September 2020 befristet gelten.

Vergleichen Sie bitte auch die **Beilage 2**.

3. Corona-Virus: Bericht zur Corona-Großdemonstration in Berlin

Eine Großdemonstration mit mehreren angemeldeten Versammlungen und knapp 40.000 TeilnehmerInnen gegen die geltenden COVID-19-Maßnahmen ging am Wochenende in Berlin zu Ende. Die Demonstrationen begannen am Samstagvormittag friedlich, endeten jedoch mit irritierenden Bildern auf der Treppe des Reichstages und Festnahmen.

Vergleichen Sie bitte auch die **Beilage 3**.

3. Corona-Virus: Corona-Update aus den Nachbarstaaten

- Während die Infektionszahlen in **Serbien** drastisch zurückgehen, steigen die Zahlen in der **Slowakei**.
- **Ungarn** hat am Samstag mit 292 Neuinfizierten einen neuen Rekord verzeichnet, über die Einführung der Einreisebeschränkungen haben wir am Montag berichtet.
- **Polen** vermeldet weniger Fälle mit schwerem Verlauf, da die Mehrzahl der Infizierten junge Menschen sind, das Tempo der Neuansteckungen hat sich verlangsamt.
- **Slowenien** scheint die Situation unter Kontrolle halten zu können.
- In **Tschechien** steigen die Zahlen auch weiter an.
- **Bosnien-Herzegowina** bezeichnet die Zahl der Neuinfektionen als monoton fallend, die bestehenden Maßnahmen wurden um zwei Wochen verlängert.
- **Bulgarien** meldet zwar einen Rückgang der Neuinfektionen, die Zahl der Todesfälle steigt jedoch.



- **Kroatien** vermeldet einen Anstieg der aktiven Fälle um 9,1 Prozent im Vergleich zur Vorwoche. Auch hier gehen die meisten Infektionen auf UrlaubsrückkehrerInnen zurück.

Vergleichen Sie bitte auch die **Beilage 4**.

5. Corona-Virus: Gratis-Öffis an Samstagen in Straßburg

Im Zeitraum vom 29. August bis zum 3. Oktober sind die Öffis im Ballungsgebiet von Straßburg jeden Samstag gratis. Ziel dahinter ist, der Bevölkerung die Angst vor dem Aufenthalt in öffentlichen Verkehrsmitteln nach dem Lockdown zu nehmen und sie anzuregen, das Auto stehen zu lassen. Daher werden an den jeweiligen Samstagen auch die Park-and-Ride-Anlagen kostenlos sein, um das Angebot auch für Menschen aus der Umgebung attraktiv zu machen.

Originaltitel: Strasbourg : et c'est parti pour six samedis gratuits dans les bus et tram de l'agglomération

Von Gilles Varela, 28.8.2020

20minutes

<https://www.20minutes.fr/strasbourg/2848795-20200828-strasbourg-parti-six-samedis-gratuits-bus-tram-agglomeration>

6. Corona-Virus: 60.000 junge Menschen aus dem Ausland wollen trotz Corona in Deutschland studieren

Knapp 60.000 ausländische Studieninteressierte aus 183 Ländern haben sich für ein Bachelor- oder Masterstudium an einer deutschen Hochschule beworben. Diese Zahl entspricht 80 Prozent der Bewerbungen des Vorjahres, und ist höher als in sämtlichen Jahren davor, wie der *Deutsche Akademische Austauschdienst* (DAAD) berichtet. Zu Beginn der Corona-Krise haben viele Hochschulen ihre Bewerbungsverfahren flexibilisiert, sind auf Online-Verfahren umgestiegen und haben Bewerbungsfristen verlängert, erklärt der DAAD. Die meisten Bewerbungen kamen aus Indien (8.300), China (4.750) und Syrien (3.100). Nun beginnen die Zulassungsverfahren. Probleme könnte es allerdings bei der Visavergabe geben, da viele deutsche Konsulate derzeit aufgrund der Corona-Krise nur eingeschränkt tätig oder ganz geschlossen sind.

Originaltitel: Zehntausende bewerben sich für ein Studium in Deutschland

Von Jessica von Blazekovic, 31.8.2020

FAZ

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/zehntausende-bewerben-sich-fuer-studium-in-deutschland-16930604.html>



7. Corona-Virus: Wie Corona den Büro-Immobilienmarkt in Deutschland verändert

Einer Umfrage der Unternehmensberatung KPMG zufolge gehen 70 Prozent der Unternehmen davon aus, dass sie künftig weniger Bürofläche brauchen werden. Bereits jetzt spürt man die Auswirkungen der Corona-Krise auf dem Berliner Büro-Immobilienmarkt. Das zweite Quartal war das schlechteste in den letzten zehn Jahren. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist das Vermietungsgeschäft um fast die Hälfte eingebrochen. Dennoch stieg die Durchschnittsmiete auf monatlich 26,85 Euro pro Quadratmeter. Doch das wird sich in Zukunft ändern, prognostiziert Sven Wingerter, Chef des Beratungsunternehmens *Eurores*. Denn das klassische Büro wird seiner Meinung nach künftig nur ein Ort der Kommunikation sein. Gearbeitet wird außerhalb, im Homeoffice oder auch in Co-Working-Bereichen in Wohnquartieren. Allein in Berlin könnten dadurch sechs Millionen Quadratmeter Bürofläche bald überflüssig werden.

Originaltitel: Sechs Millionen Quadratmeter Bürofläche in Berlin bald überflüssig

Von Jochen Knoblach, 31.8.2020

Berliner Zeitung

<https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/sechs-millionen-quadratmeter-bueroflaeche-in-berlin-bald-ueberfluessig-li.101563>

8. Corona-Virus: Paris öffnet mehr Zentren für kostenlose Corona-Tests

Seit Montag, dem 31. August, stellt die Stadt Paris drei fixe Testzentren für Gratis-Corona-Tests zur Verfügung, die das Angebot neben den bereits existierenden privaten Laboren erweitern sollen. Weitere zwei mobile Labore sollen in allen Bezirken Halt machen und so sicherstellen, dass alle Pariserinnen und Pariser die Möglichkeit haben, sich kostenlos auf Covid-19 testen zu lassen. Auf der Website der Stadt findet man die jeweiligen Öffnungszeiten und Standorte. Ziel der Aktion ist, 1.500 Testungen pro Tag durchzuführen. Die Zentren funktionieren ohne Anmeldung und stehen auch Personen ohne Sozialversicherung offen.

Originaltitel: Des dispositifs de dépistage gratuits du Covid-19 déployés dans Paris

31.8.2020

20minutes

<https://www.20minutes.fr/paris/2850339-20200831-dispositifs-depistage-gratuits-covid-19-deploies-paris>

9. Corona-Virus: Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund mahnt mehr Gelassenheit im Umgang mit Corona ein

Der Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), Marco Trips, rät zu mehr Gelassenheit im Umgang mit Corona. „Dieser ganze Alarmismus gefällt mir nicht. Viele sind irgendwie in so einer Weltuntergangsstimmung und schimpfen und zeigen auf die anderen. Mit ein bisschen mehr Mit- statt Gegeneinander und einer etwas entspannteren Haltung lässt sich diese Krise meines Erachtens am besten bewältigen“, sagte Trips im Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (NOZ). So brauche es beispielsweise nicht in jedem Klassenraum ein Waschbecken. „Eine Flasche Desinfektionsmittel tut es auch“, betonte der NSGB-Präsident, der ebenso wie die



Landesregierung eine Maskenpflicht im Unterricht ablehnt: „Ich kann mir keinen sinnvollen Präsenzunterricht mit Masken vorstellen.“

Trips setzt sich außerdem dafür ein, Weihnachtsmärkte auch in Corona-Zeiten zu ermöglichen. „Nach derzeitiger Lage könnte ich mir schon vorstellen, dass es unter gewissen Auflagen Weihnachtsmärkte gibt. Es darf natürlich nicht so ein Gedränge wie sonst herrschen. Das müsste man über entsprechende Zugangsbeschränkungen regeln“, erklärte der promovierte Jurist, der trotz der aktuell steigenden Infektionszahlen davor warnt, in Panik zu verfallen. Von einer „Alarmstufe Rot“ sei unser Gesundheitssystem momentan „weit entfernt“. „Da liegen wir derzeit eher bei hellgrün. Unsere Krankenhäuser waren nie in der Gefahr, überlastet zu sein und sind es auch derzeit nicht. Auch wenn die Infektionen etwas ansteigen, haben wir nach wie vor keine hohen Fallzahlen“, sagte Trips.

10. Corona-Virus: in jedem Staat anders – ein einziger Virus und 100 Arten, darauf zu reagieren

Das Grundproblem lässt sich nicht so einfach lösen: Die EU hat im Gesundheitswesen und unter gegebenen Corona-Umständen auch beim Einreiserecht der Mitgliedsstaaten so gut wie keine Kompetenzen. Was immer aus Brüssel kommt, ist eine Empfehlung und es steht den Ländern frei, sich daran zu halten – oder auch nicht.

Die Folge ist ein sich permanent änderndes Wirrwarr an Reisebestimmungen und dass auch die Maßnahmen in den Ländern, oft auch in einzelnen Regionen, sehr unterschiedlich ausfallen. Zumindest was das Reisen betrifft, macht die deutsche Ratspräsidentschaft nun Druck. Heute werden, wie berichtet, einheitliche Regelungen auf Ebene der EU-Botschafter beraten, noch im Lauf der Woche will die EU-Kommission ihr Versprechen einlösen, einen neuen Leitfaden herauszugeben. Drei Hauptpunkte sollen auf diese Weise geregelt werden: gemeinsame Kriterien für epidemiologische Risiken, ein einheitliches Farbcodierungssystem für Risikogebiete und eine gemeinsame Herangehensweise für Einreisende aus Risikogebieten wie Test- oder Quarantänenvorgaben.

Derzeit herrschen unterschiedliche Zugänge zu den ausschlaggebenden Kriterien und den Daten, auf denen Entscheidungen basieren. So reagieren die Länder etwa unterschiedlich auf die gemessene Zahl der Erkrankungen. Und es herrscht immer wieder aufs Neue eine Art „Vergeltungspolitik“ – setzt ein Land ein anderes auf die rote Liste, kommt mitunter bald darauf die Retourkutsche.

"Es ist wichtig, dass Menschen, die etwa aus familiären oder beruflichen Gründen reisen müssen, sich europaweit auf verständliche Regeln einstellen können. Bisher ist Europa besser durch die Pandemie gekommen als alle anderen Teile der Welt. Damit das so bleibt, müssen die Ampelsysteme und Regeln aufeinander abgestimmt sein", sagt etwa Lukas Mandl, Sicherheitssprecher der ÖVP im Europaparlament: "Die verschiedenen Ampelfarben müssen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten ähnliche Bedeutung haben. Sonst haben wir Chaos."

Was im Reiseverkehr nämlich immerhin noch durchschaubar ist, wird bei den Corona-Maßnahmen in jedem einzelnen Land aber vollends unübersichtlich. Für Reisende empfiehlt sich, sich laufend im Gastland selbst über die Regeln zu informieren.

Wir haben ein paar Beispiele gesammelt (und jeden Augenblick kann alles wieder anders sein):



Frankreich

In Frankreich gingen die Zahlen ebenfalls signifikant nach oben. In vielen Städten wie Paris oder Toulouse gibt es Maskenpflicht auch im Freien. Besucherzahlen bei den Sehenswürdigkeiten sind begrenzt und können fast überall nur vorab online bestellt werden. Von Österreich aus gibt es derzeit keine Beschränkungen, von Deutschland aus allerdings zum Teil schon...

Großbritannien

Die Briten haben nicht nur bei den Brexit-Verhandlungen, sondern auch im Umgang mit der Pandemie einen überaus wirren Kurs eingeschlagen. Obwohl das Land selbst zu jenen mit den weltweit verheerendsten Coronafolgen zählt, hat es für Einreisende Quarantänevorschriften erlassen. Man muss seine Daten angeben, viele berichten aber, dass die Quarantäne dann in der Praxis so gut wie nie kontrolliert wird. In den einzelnen Regionen des Landes herrschen unterschiedliche Regeln, etwa was Maskenpflicht betrifft. Die Pubs sind (im Gegensatz etwa zu Irland) inzwischen wieder offen, ob auch alle Schulen wieder aufmachen, ist jetzt zu Beginn des Schuljahres unklar und politisch heftig umstritten.

Ungarn

Ungarn hat seit gestern, wie berichtet, die Grenzen für Ausländer geschlossen. Ausgenommen sind Bürger aus Polen, Tschechien und der Slowakei. Genau das hat die EU-Kommission auf den Plan gerufen, die in einem Brief an Ungarn Aufklärung fordert. Reisebeschränkungen nach Nationalität seien diskriminierend. Die Regelung hat weitere, komplizierte Ausnahmen, die sich etwa auf Grenzpendler beziehen.

Spanien

Spanien hat hart durchgegriffen, Discos und Nachtclubs sind zu, der „Ballermann“ in Mallorca gesperrt. Masken und Abstandsregeln sind vorgeschrieben (bereits für Kinder ab 6), Alkoholgenuss im öffentlichen Bereich verboten. Einreisen ist aus EU-Ländern und einigen Drittländern erlaubt, man muss aber ein Formular ausfüllen und auf den Flughäfen gibt es auch Gesundheitskontrollen (etwa Temperaturmessung). Umgekehrt haben zahlreiche Länder, darunter Österreich, Einreisebeschränkungen für Spanien-Reisende erlassen (außer Kanaren).

Deutschland

Auch in unserem Nachbarland wurden laufend die Regeln für Bewohner und Reisende geändert. An der bayrischen Grenze wurden Gratis-Testzentren eingerichtet, für die es enormen Zustrom gab – damit soll aber schon bald wieder Schluss sein. Zuletzt sorgte die Stadt München für Schlagzeilen, die ab einem „Inzidenzwert“ von 35 für sieben Tage (Neuinfektionen pro 100.000) ein nächtliches Alkoholverbot erlassen will; gestern erst gab der bayrische Verwaltungsgerichtshof auch in zweiter Instanz der Beschwerde eines Biertrinkers statt und kippte das Verbot. Generell herrschen in Deutschland striktere Regeln als in Österreich.

Skurril, was gerade zwischen **Belgien und Deutschland** läuft. Obwohl es in Belgien wegen der relativ hohen Coronazahlen sehr strikte Regeln gibt, die auch eingehalten werden (etwa Maskenpflicht überall im öffentlichen Raum, gesperrte Discos, rigide Abstandsregeln usw.), hat das EU-Ratsvorsitzland Deutschland ausgerechnet die Stadtregion Brüssel auf die rote Liste gesetzt. Zwar gibt es Ausnahmen für Abgeordnete, aber kaum jemand aus Brüssel kann derzeit



nach Deutschland ohne permanente Tests bzw. Quarantäne. Das wirkt sich auch auf die nächste Parlamentssitzung aus, die eigentlich wieder in Straßburg (Frankreich) stattfinden soll, das aber an der deutschen Grenze liegt und Gefahr läuft, ebenfalls zur „Sperrzone“ zu werden.

